

# Es werde grün

**WALLMENROTH** Offizieller Spatenstich am Sportplatz / Aussaat noch in diesem Jahr möglich



Michael Wäschenbach, Dietmar Ischdonat, Heiko Birkholz, André Hachenberg und Peter Kappes (v. l.) packten beim Spatenstich mit an. Foto: soph

## Die Ortsgemeinde bringt für den monatlichen Unterhalt 625 Euro auf.

soph ■ Schlammig und matschig, das sind wohl die passenden Adjektive, die einem bei der Betrachtung des Tennisplatzes in Wallmenroth nach drei Regentagen einfallen. Der Platz sieht dann wirklich beileidenswert aus. Das ändert sich aber bald, denn der neue Belag wird wohl nichts gegen den ein oder anderen Regenguss haben: Auch auf dem Wallmenrother Sportplatz wird der Traum vom Naturrasen endlich Wirklichkeit.

Gestern trafen sich einige Mitglieder der Sportfreunde Wallmenroth um den 1. Vorsitzenden André Hachenberg, Ortsbürgermeister Michael Wäschenbach und die Beigeordneten Manuela Meyer und Dietmar Ischdonat sowie Peter Kappes, Marketingleiter bei der Firma Eurogreen, zum offiziellen Spatenstich. Thorsten Scholl, der die Planungen begleitet hatte, konnte nicht daran teilnehmen.

André Hachenberg merkte man seine Freude sofort an. „Ich kann immer noch gar nicht glauben, dass die Arbeiten losgehen.“ Es sei über Kunstrasenplätze gesprochen worden, 2010 waren dann die konkreten Pläne für den Naturrasen entstanden. Die Notwendigkeit der Sanierung rückte immer näher und so habe man vor zwei Jahren einen Antrag für Zuschussgelder gestellt – „damit es in drei, vier Jahren langsam losgeht“, so Hachenberg schmunzelnd. Denn nun ist alles schneller gegangen, als der Verein es sich je hätte träumen lassen. Da damit niemand ge-

rechnet habe, sei das Projekt „Duschen“ angestoßen worden. „Nun haben wir die Mammutaufgabe von zwei Projekten zu stemmen.“ Ohne die Hilfe des Fördervereins, dessen Vorsitzender Dietmar Weber anwesend war, ohne den SC Scheuerfeld, mit dem man eine wunderbar funktionierende SG betriebe, ohne die Ortsgemeinde, der er für ihren Einsatz dankte, ohne all diese Helfer sei ein solches Vorhaben nicht möglich. Auch die Sammelaktion im Ort, bei der Vereinsmitglieder von Tür zu Tür gelaufen waren und Rasenteile verkauft hatten, um Geld zu sammeln, habe alle überrascht: Mit so viel positiver Resonanz habe man nicht gerechnet. Natürlich sind immer noch Parzellen übrig, die erworben werden können.

Ortsbürgermeister Michael Wäschenbach betonte, dass dies ein Großprojekt für die Gemeinde sei, mit dem sich der Rat über zwei Jahre beschäftigt habe. Für die Unterhaltungskosten von rund 1000 Euro im Monat werde die Gemeinde 625 Euro beisteuern. Als im Dezember 2013 alle Modalitäten in einer Beschlussvorlage zusammengefasst worden seien, habe man festgelegt: „Das ist eine Investition in das Dorf, nicht in den Verein.“ Denn der Ortsgemeinde müsse es darum gehen, eine nachhaltige Kinder- und Jugendförderung zu betreiben. Daher werde es auch für den neuen Platz – die Ortsgemeinde verpachtet den Sportfreunden die Fläche – einen entsprechenden Mietvertrag geben. In dem soll geregelt sein, dass der Platz am Nachmittag für Jugendliche offenbleibt.

Bevor die aber eine Runde auf dem Platz kicken können, bevor der Rasen kommen kann, sind zunächst kleine Ausbesserungsarbeiten nötig: Die Böschungen

werden angeglichen, die Abwasser-schächte geändert. Diese ohnehin notwendigen Arbeiten könnten jetzt gut erledigt werden, weil die Fläche befahren werden kann, so Hachenberg. Dann wird der Platz abgefräst, und das Material „nach gut und böse getrennt“, wie es Peter Kappes mit einem Augenzwinkern ausdrückte. Soll heißen: Was brauchbar ist wird mit der Rasentragschicht vermischt. „Auf diesem lavasandigen Material fühlt sich Sportrasen besonders wohl.“ Erfahrungsgemäß müsste man für diesen Platz mit 400 Tonnen rechnen.

Die Vorarbeiten werden zwei bis drei Wochen in Anspruch nehmen. Dann hänge alles vom Wetter ab: Wenn die Temperaturen es zuließen – alles über acht Grad ist in Ordnung – würde noch vor dem Winter mit der Aussaat begonnen. Es könne sein, so Kappes, dass man mit einem undichten Bestand in den Winter gehe: Noch nicht alle Grashalme haben den Weg an die Oberfläche geschafft. Dann wünsche er sich eine schützende Schneedecke. Diese sei allemal besser als tiefer Frost. Im Frühjahr könne man dann nachsäen. Ohnehin sei dies ein großer Vorteil des Naturrasens: Beanspruchte Stellen können gut nachgebessert werden. Im Bereich der Tore greift Eurogreen auf sogenannten Hybridrasen zurück: Eine Mischung aus Natur- und Kunstrasen, die belastbarer ist. „Denn in dem Bereich spielt ja beim Fußball der Großteil der Musik“, so Kappes.

Neben dem Säen muss auch noch an zwei Stellen die Drainage repariert werden, und ein Induktionskabel wird rund um den Platz verlegt. Das dient später dem Mähroboter als Orientierung: Ein kleiner runder Geselle wird in 24 Stunden 98 Prozent des Platzes mähen. Alle zwei Stunden lädt er sich an einer mobilen Ladestation auf. Für diese Pflege des Platzes haben die Sportfreunde Wallmenroth einen Servicevertrag mit Eurogreen abgeschlossen: Mit rund 9000 Euro im Jahr sind darin alle Leistungen vom Mähroboter über Dünger, Nachsaat und benötigte Geräte enthalten.

## Zaun und Holz

Zwei Themen aus der Sitzung des Ortsgemeinderates vom Donnerstagabend hatten direkt etwas mit dem Sportplatz zu tun: Zum einen teilte Michael Wäschenbach mit, dass aufgrund der Baumfällungen armdicke Äste übrig wären, die die Ortsgemeinde günstig an Interessenten abtreten würde. Die müssten diese nur selbst schneiden. Zum anderen wollte Christian Weber (SPD) wissen, welche Probleme es mit dem Zaun rund um den Platz geben würde. Nachdem die Bäume entfernt worden waren, sei hier aufgefallen, dass der Zaun in Richtung Scheuerfeld zu niedrig sei, erläuterte Wäschenbach. Daher müsse der Rat über eine Erhöhung des Zaunes entscheiden.

# Links oder rechts der B 62?

Verlauf des Siegtalradweges sorgte für Diskussionen im Rat

soph Wallmenroth. Hatten bereits die anderen Punkte auf der Tagesordnung in der Ratssitzung am Donnerstagabend zu Diskussionen geführt, so sorgte ein anderes Thema für noch viel mehr Gesprächsbedarf: Michael Wäschenbach schlug eine Alternativroute des Siegtalradweges auf dem Gebiet der Ortsgemeinde vor. Der Landesbetrieb Mobilität Diez (LBM) habe bereits mit den Arbeiten an den ersten Abschnitten begonnen, es wurden Markierungen angebracht. Die Route sehe vor, dass der Weg von Wissen aus kommend links an der B 62 entlang führt. Um den benötigten Platz zu erhalten, soll an einigen Stellen der Fels aus dem Weg gesprengt werden. Diese Route sei aus seiner Sicht aber touristisch nicht interessant, so Wäschenbach. „Das Land plant stur links bis zum Glockenhaus.“ Er könne in diesem Fall nicht mehr von einem Qualitätsradweg sprechen.

Besser sei es, den Radweg aus Wallmenroth kommend folgendermaßen zu führen: Vom Sportlerheim geht es in den Wald – rechts den Hang hoch verläuft die B 62, links sieht man das Siegtal. Durch den Wald geht es am Bienenhäuschen vorbei immer weiter, bis kurz vor den Dicken Stein bzw. kurz nach Dasberg. Dort müsse die B 62 gequert werden, dazu brauche man noch eine Lösung, räumte Michael Wäschenbach ein.

Diese Route habe den Vorteil, dass sie durch den Wald führt und man einen fantastischen Blick auf die Sieg habe. Außerdem beinhaltet dieser Radwegverlauf auch die seit 2008 gesperrte Brücke nach Bruche, die ursprünglich auch bei der Planung des LBM in die Route integriert werden sollte. Problematisch sei, dass für den Bau dieser Strecke einige Bäume im Wald gefällt werden müssten. Bei beiden Strecken muss kurz vor bzw. nach dem Ortseingang Wallmenroth ein tiefer Graben unter der B 62 überbrückt werden. Die Route des LBM habe aus seiner Sicht aber keinen touristischen Nutzen. Und das Geld für den Radweg sollte doch für die sinnvollste Route investiert werden.

Die CDU-Fraktion, aus deren Reihen einige Mitglieder die von Wäschenbach skizzierte Route bereits abgelaufen waren, regte sich Widerstand. Zum einen sei die Strecke nicht so attraktiv, wie vom Ortsbürgermeister beschrieben. Das liege vor allem daran, dass sie sehr dunkel sei. Andrea Birk (CDU): „Man sieht die Sieg kaum“. Die Strecke sei eher für Wanderer interessant. Zum anderen sei es fraglich, ob die Schneise durch den Wald wirklich sein müsse. Das wesentliche Bestreben der CDU war: „Es darf keine Verzögerung bei den aktuellen Bauplanungen geben, das wäre fatal“, so Fraktionssprecher Christoph Moog. Er

gehe davon aus, dass die Rennradfahrer bei Wäschenbachs Alternative weiter auf der B 62 fahren würden und der andere Weg nur von Familien genutzt werde. „Ich sehe da viele Ungereimtheiten.“

Die Frage sei auch, wie die Waldgenossenschaften Dasberg und Bärenloch zu diesem Vorschlag stehen würden. Dass die auf beiden Seiten etwas abgeben müssten, wie Wäschenbach skizzierte, winkte Moog ab. „Auf der einen Seite sind das zwei Meter, bei deiner Lösung 20. Das ist schon ein Unterschied.“ Christian Weber (SPD) betonte: „Es ist nicht so, dass die Lösung an der B 62 der letzte Dreck und deine die einzig wahre ist. So kann man das auch nicht sagen.“

Während der Diskussion war es im Zuschauererraum unruhig geworden. Der ehemalige Ortsbürgermeister Wolfgang Frank hatte einige Manuskripte im Gepäck und regte sich offensichtlich über die Ausführungen des Amtsinhabers auf. Unter dem Tagesordnungspunkt „Anfragen“ ließ Wäschenbach ihn daher zu Wort kommen – die Einwohnerfragestunden stand nicht auf dem Plan.

Ob ihm die Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2006 bekannt sei, die als Routenverlauf nur die Strecke an der B 62 für möglich erachtet, wollte Frank wissen. Nur der obere Verlauf von Wäschenbachs Alternativvorschlag habe sich geändert, der untere Teil sei identisch mit den Überlegungen aus dem Jahr 2006. Die waren auch aufgrund von naturschutzrechtlichen Risiken – die Strecke führt teilweise durch die Muhlau – verworfen worden. „Gehst du nicht davon aus, dass die Entscheidung längst gefallen ist?“ Und: Die Brücke nach Bruche habe mit dem Radweg gar nichts zu tun.

Michael Wäschenbach ließ die Ausführungen weitgehend unkommentiert. Ihm sei die Studie durchaus bekannt. Er wolle in Verhandlungen über eine naturnahe Variante gehen, wenn sich dadurch der Bau nicht verzögern würde.



Der Verlauf des Siegtalradweges sorgte für rege Diskussionen. Foto: SZ-Archiv

# Klaes: Enge und gute Partnerschaft

Ortsbürgermeister: Der Kirchengemeinde keine Schuld zusprechen

sz Friesenhagen. Der Leserbrief von Rudolf Quast und Martin Wurth im Namen der Kirchengemeinde St. Sebastianus bzw. der Rendantur zum Bericht über die Ratssitzung bzw. über die Baulandkosten für das geplante Baugebiet in Friesenhagen, ist im Wildenburger Land nicht ohne Echo verhallt. Gestern Nachmittag richtete sich Ortsbürgermeister Norbert Klaes an die Redaktion und drückt in einem Schreiben sein Bedauern darüber aus, „dass hier scheinbar jemand ‚etwas in den falschen Hals bekommen hat‘, wie man sprichwörtlich sagt“. Zu keiner Zeit und mit keinem Wort sei es beabsichtigt gewesen, der Kirchengemeinde eine Schuld zuzusprechen, eine Preistreiberfunktion anzudichten oder einen schwarzen Peter aufzubürden – im Gegenteil. Als Partner sei die Kirchengemeinde stets bemüht gewesen, rasch, sachlich und wohlwollend mit der Kommune zusammenzuarbeiten. „Meinerseits besteht auch der Wunsch, dass das so bleibt“, schreibt der Ortsbürgermeister.

Und selbstverständlich würden die Verhandlungen nicht-öffentlich in einer vertrauensvollen Zusammenarbeit weitergeführt werden. Allerdings seien die im Leserbrief genannten hohen Erschließungskosten so nicht nachvollziehbar. „Aber gerade an den zweifellos beträchtlichen Erschließungskosten arbeite ich seit meiner Amtseinführung, damit wir diese zum Wohle der bauwilligen, jungen Mitbürger reduzieren können“, so Klaes. Mehrere Eckpunkte der Kalkula-

tion seien geprüft und bereits verändert worden. Die Grundstückspreise der Kirche seien nur ein Teil der späteren Quadratmeterpreise, die die Bauwilligen zu zahlen haben. „In der Verantwortung für unsere dörfliche Zukunftsentwicklung, für die Ansiedlung junger Familien, für das Bleiben junger Familien in unserem Ort ist es ein klares Bestreben der Kommune, möglichst ‚regional bezahlbare, Grundstücke anzubieten, heißt es weiter.“

Seit nunmehr fast drei Jahren plane die Kommune dieses Neubaugebiet. Als Ortsbürgermeister sei es seine Pflicht, so Klaes, den Bauwilligen und auch der Öffentlichkeit gegenüber mit Offenheit und klärender Transparenz aufzuzeigen, was Termine und Vorgehensweisen betrifft. „Und genau dieses habe ich in der Ratssitzung sachlich versucht zu tun – nicht mehr und nicht weniger.“ Der Ortsbürgermeister wirbt ferner um Verständnis, dass erst nach dem Klären aller Kosten, auch der Zukaufgrundstücke, eine belastbare Gesamtkalkulation der Quadratmeterpreise möglich sei. Festzustellen sei außerdem, dass Baulandpreise in Friesenhagen von 85 Euro nicht niedrig und konkurrenzlos sind. Abschließend schreibt Norbert Klaes: „Mit dem gemeinsamen Zukunftsblick auf junge Familien aus dem Ort, die hier bauen möchten, bin ich mir sicher, dass in enger Partnerschaft zwischen der kath. Kirchengemeinde und der Ortsgemeinde erfolgreiche und gute Ergebnisse der zurzeit laufenden Grundstücksverhandlungen in Kürze herauskommen werden.“

# CDU Gebhardshain gegen Fusion

Klausursitzung zur Kommunalreform: Rechtsprechung abwarten

sz Gebhardshain. Mit den die Verbandsgemeinden Gebhardshain und Wissen betreffenden Fusionsplänen der Landesregierung befasste sich jetzt die CDU-Fraktion des VG-Rates Gebhardshain in einer Klausursitzung. Die Fraktionsmitglieder äußerten ihr völliges Unverständnis darüber, dass die Landesregierung jetzt, für alle Beteiligten plötzlich und unerwartet, eine Fusion mit der VG Wissen anregt, heißt es in einer Mitteilung der Christdemokraten.

In einem Schreiben des Innenministers Roger Lewentz vom Oktober 2012 an Bürgermeister Konrad Schwan und Landrat Michael Lieber habe es geheißenen, dass „die Gebietsänderung der Verbandsgemeinde Gebhardshain zum Abschluss der zweiten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform 2019 vorgenommen werden soll“. Die SPD des Gebhardshainer Landes habe sich die Entscheidung des Ministers im Vorfeld der Kommunalwahl 2014 zu eigen gemacht und in ihr Wahlprogramm aufgenommen. Im SPD-Programm heißt es laut CDU-Bericht wörtlich: „Unser Ziel, die Entscheidungsfindung zu entschleunigen, haben wir erreicht. Bis 2019 existiert die Verbandsgemeinde Gebhardshain“.

Für die CDU-Fraktion sowie den CDU-Gemeindeverband Gebhardshain gebe es

keinen Grund, eine funktionierende, bürgernahe und die im Kreis Altenkirchen geringst verschuldete Verbandsgemeinde, die eine hervorragende Infrastruktur vorhalte, zum gegenwärtigen Zeitpunkt zu fusionieren oder zu zerschlagen. Andere, weniger Einwohner zählende Verbandsgemeinden wie z.B. Dierdorf und Waldbreitbach wiederum würden in Sachen Kommunalreform erneut außen vor gelassen.

Die Fraktionsmitglieder seien der Meinung, dass ein jetziges Fusionsbetreiben durch die Landesregierung einen Vertrauensbruch darstelle und den Verbandsgemeinderat in seiner Arbeit lähme. Der Respekt vor der unabhängigen Justiz gebiete es, dass die Landesregierung in Mainz die für Frühjahr oder Sommer zu erwartenden Urteile des Verwaltungsgerichtshofes in den zahlreichen anhängigen Klageverfahren beim Verfassungsgerichtshof, unter anderem auch von Daaden und Herdorf, abwarte und beachte.

Die Annahme der Landesregierung, dass kleinere Verbandsgemeinden schlechter aufgestellt sind als große Verwaltungseinheiten, sei hinreichend widerlegt, wie man auch am Beispiel der Verbandsgemeinde Gebhardshain sehen

könne, schreibt die CDU. Bei den Wasserpreisen und der Pro-Kopf-Verschuldung befinde sich Gebhardshain landesweit unter den besten Kommunen, trotz der verbesserungswürdigen Finanzausstattung des Bundes und des Landes.

Die Verbandsgemeinde Gebhardshain sei kein künstliches Verwaltungsgebilde, sondern bestehe in diesem Zusammenhang seit zwei Jahrhunderten und habe mit weitaus weniger Einwohnern (die Bevölkerungszahl im Jahre 1815 habe bei 1915 Einwohner gelegen) schon wesentlich ärmere Zeiten gemeistert.

Im Einvernehmen mit Bürgermeister Konrad Schwan werde ein Zusammenbleiben aller Ortsgemeinden der VG klar angestrebt. Bürgerbeteiligung und kommunale Selbstverwaltung werden nach einhelliger Meinung der Fraktionsmitglieder durch die momentane Vorgehensweise aus Mainz nicht genügend gewürdigt.

Die Eigenständigkeit der Verbandsgemeinde Gebhardshain habe bis zum Urteil des Verfassungsgerichtshofes weiterhin höchste Priorität. Es wäre wünschenswert, wenn die Landesregierung bis zur Entscheidung des Gerichtes keine weiteren Zwangsfusionen anstrebt, heißt es im Schreiben abschließend.